

# Überlegungen zur Finanzierung

von Werner Klee und Mark Hannig



FREIHEIT TRIFFT  
GERECHTIGKEIT

[www.buendnis-grundeinkommen.de](http://www.buendnis-grundeinkommen.de)

[www.bge-community.de](http://www.bge-community.de)



# INHALT

- 1. Auszahlungsvarianten**
- 2. Kranken- und Pflegeversicherung**
- 3. Rentenversicherung**
- 4. TAXO**
- 5. NAREG**
- 6. EQUI**
- 7. Kritik der „Wirtschaftswoche“**



- 1. Auszahlungsvarianten**
- 2. Kranken- und Pflegeversicherung**
- 3. Rentenversicherung**
- 4. TAXO**
- 5. NAREG**
- 6. EQUI**
- 7. Kritik der „Wirtschaftswoche“**



# AUSZAHLUNGSVARIANTEN

## Solidardividende

- monatliche Auszahlung an alle Empfänger
- viele Zahlungstransfers und hohe Liquidität

## Negative Einkommensteuer

- Verrechnung des BGE mit persönlichen Steuerschulden
- nutzt bestehende Strukturen (Finanzämter)
- wenige Zahlungstransfers, geringer Aufwand
- unter Umständen Verzögerungen/Streitigkeiten mit FA



# AUSZAHLUNGSVARIANTEN

## kostenfreie Infrastruktur

- kostenfreie Bereitstellung staatlicher/kommunaler Leistungen, für einen möglichst großen Nutzerkreis
- ergänzend zum oder als Anteil eines BGE denkbar
- ÖPNV
- Schwimmbäder
- Kinderbetreuung, Schule, Universitäten/Hochschulen



# AUSZAHLUNGSVARIANTEN

## „Bürgerversicherung“

- grundlegende Kranken- und Pflegeversicherung für alle BGE-Empfänger



- 1. Auszahlungsvarianten**
- 2. Kranken- und Pflegeversicherung**
- 3. Rentenversicherung**
- 4. TAXO**
- 5. NAREG**
- 6. EQUI**
- 7. Kritik der „Wirtschaftswoche“**



# KRANKEN- UND PFLEGEVERSICHERUNG

- aktueller jährlicher Umsatz: ca. 400 Mrd. EUR (inklusive private Versicherungen)
- Bei Abschaffung alternative Erhebung in vergleichbaren Volumen erforderlich
- mögliches Ziel: „Bürgerversicherung“ (siehe Schweiz)



- 1. Auszahlungsvarianten**
- 2. Kranken- und Pflegeversicherung**
- 3. Rentenversicherung**
- 4. TAXO**
- 5. NAREG**
- 6. EQUI**
- 7. Kritik der „Wirtschaftswoche“**



# RENTENVERSICHERUNG

## Problem: Vermögenstrennung

- eigenes Budget und Verwaltung; kein Staatsvermögen
- derzeitige Subventionen gleichen frühere Entnahmen aus
- steuerliche Behandlung als eigene Einkunftsart

## Lösungsansätze

- Ablösung mit Besitzstandswahrung => bestehende Rentenansprüche müssen zusätzlich finanziert werden
- Beibehaltung mit Umstellung auf „private Zusatzrente“ => Finanzierung?



- 1. Auszahlungsvarianten**
- 2. Kranken- und Pflegeversicherung**
- 3. Rentenversicherung**
- 4. TAXO**
- 5. NAREG**
- 6. EQUI**
- 7. Kritik der „Wirtschaftswoche“**



# TAXO

## KONSUMSTEUER

- Finanzierung über Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)
- Modelle von Götz Werner und Richard D. Precht
- Inflationsrisiko



# TAXO

## KLASSISCHE STEUERN

- Einkommen-, Vermögen-, Finanztransaktionssteuer
- Klassische Verteilungsfrage



# TAXO

## SUBSTITUTION VON SOZIALLEISTUNGEN

- mit BGE Abschaffung staatlicher Sozialleistungen
- Kinder-/Elterngeld, Sozialhilfe, (Renten)



- 1. Auszahlungsvarianten**
- 2. Kranken- und Pflegeversicherung**
- 3. Rentenversicherung**
- 4. TAXO**
- 5. NAREG**
- 6. EQUI**
- 7. Kritik der „Wirtschaftswoche“**



# NAREG

## **ZAHLUNG FÜR EXKLUSIVE NUTZUNG KNAPPER NATÜRLICHER RESSOURCEN**

- natürliche Ressourcen gehören allen
- Land und Energie können immer nur von einer/einem (gleichzeitig) genutzt werden
- für diesen Verzicht werden die Anderen entschädigt durch eine Zahlung, die in das BGE fließt



- 1. Auszahlungsvarianten**
- 2. Kranken- und Pflegeversicherung**
- 3. Rentenversicherung**
- 4. TAXO**
- 5. NAREG**
- 6. EQUI**
- 7. Kritik der „Wirtschaftswoche“**



# EQUI

## GLEICHGEWICHTSGELD

- Quelle: Dr. Dag Schulze  
<http://www.gleichgewichtsgeld.de>  
<http://www.systemische-wirtschaftsforschung.de/dag-schulze/>  
<https://monneta.org/network/dr-dag-schulze>
- nicht verwendetes Umlaufgeld wird periodisch gelöscht
- neu geschöpftes Geld (in gleicher Menge) wird für das BGE verwendet



- 1. Auszahlungsvarianten**
- 2. Kranken- und Pflegeversicherung**
- 3. Rentenversicherung**
- 4. TAXO**
- 5. NAREG**
- 6. EQUI**
- 7. Kritik der „Wirtschaftswoche“**



# KRITIK

- Stellungnahmen zur Kritik an Aussagen von Thomas Straubhaar zur Finanzierung
- Beitrag vom 21. September 2021 in der „Wirtschaftswoche“

<https://www.wiwo.de/politik/deutschland/bedingungsloses-grundeinkommen-eine-grundsicherung-die-so-nicht-taugt/27624598.html>



**WirtschaftsWoche**

**WiWo+** Mehr  
verstehen.

---

**In einem Gastbeitrag hat Thomas Straubhaar ein bedingungsloses Grundeinkommen für finanzierbar erklärt und damit ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Finanzministerium in Zweifel gezogen. Einige der Autoren widersprechen.**



„Thomas Straubhaar behauptet, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) das makroökonomische Steueraufkommen nicht ändere. Interpretiert man die Zahlung des BGE als negative Steuer und saldiert damit die zusätzlichen, zur Finanzierung des BGE benötigten positiven Steuern, dann ergibt sich im Aggregat Null. Makroökonomisch führen höhere Transfers, solange sie als negative Steuer umdefiniert werden, niemals zu einer Änderung der Steuerquote. [...]

Dass der Saldo in dieser Definition null beträgt, ist nicht verwunderlich. Verwunderlich ist, dass ein renommierter Wirtschaftswissenschaftler damit das Problem der Finanzierbarkeit eines BGE einfach vom Tisch wischt.

Der Fehler in Straubhaars Argumentation liegt darin, nicht zwischen Durchschnittsbelastung der Besteuerung und Grenzbelastung der Besteuerung zu unterscheiden.

[...]

In den entsprechenden Simulationen muss selbst für den Fall, dass es zu keinen Verhaltensanpassungen käme, der Grenzsteuersatz auf Arbeitseinkommen ab dem ersten Euro massiv angehoben werden. Die aggregierte Nettosteuerbelastung (einschließlich BGE) wäre null, die damit verbundene Umverteilung verlangt aber im Falle einer Proportionalsteuer eine Besteuerung von Arbeitseinkommen von 88 Prozent ab dem ersten Euro. Unterstellt man entsprechend der empirischen Erkenntnisse, dass diese 88 Prozent Grenzbelastung zu einem Rückgang des Arbeitsangebots führt, ist das System nicht mehr finanzierbar.“



# KRITIK

## Nullsummenspiel

- berechtigter Einwand:  
Straubhaar argumentiert, dass das BGE und die dafür erhöhten Steuern sich ausgleichen, das gilt aber nur für die Summe aller Bürger

## zu hohe Belastung von Arbeitseinkommen

- angeblich 88% - Zahl nicht verifizierbar
- keine Berücksichtigung der übrigen Einkommensarten



„Die sehr hohen Grenzbelastungen des Einkommens, die bei Einführung eines BGE selbst ohne Verhaltensänderungen zur Finanzierung notwendig wären, resultieren auch daraus, dass – anders als von Befürwortern eines BGE mitunter suggeriert wird – **nicht alle Positionen des Sozialbudgets zur Gegenfinanzierung verwendet werden können**. Auszunehmen sind etwa die **private Altersvorsorge**, die betriebliche Altersvorsorge sowie die Entgeltfortzahlungen durch die Arbeitgeber. Die Kosten der **gesetzlichen und privaten Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Beihilfe für Beamte** sind weiterhin zu schultern und können ebenfalls nicht zur Finanzierung des BGE verwendet werden. Gleiches gilt für **Renten- und Pensionszahlungen**. Hier handelt es sich um Ansprüche mit eigentumsrechtlichem Charakter.

[...]

So **differenziert das BGE nicht nach dem Wohnort**. Damit es überall existenzsichernd ist, muss es daher einer Bremerin so viel zahlen, dass sie sich auch in München eine Wohnung leisten könnte. Und **das BGE ignoriert auch die Haushaltsgröße**. Paare bekommen genauso viel wie zwei Singles mit viel höheren Wohnkosten. **Diese Ignoranz macht es teurer.**“



# KRITIK

## nicht alle Sozialleistungen substituierbar

- grundsätzlich richtig, z. B. bei Behinderungen
- genannte Beispiele aber durchaus ersetzbar (Arbeitslosenversicherung, Beihilfe)
- oder fachlich falsch (private und betriebliche Altersvorsorge)
- Rentenversicherung => siehe Kapitel 3



# KRITIK

## undifferenzierte Auszahlung / „Ignoranz“

- Gefälle Preisniveau (z. B. Stadt/Land) nicht berücksichtigt
- persönliche Verhältnisse nicht berücksichtigt
  
- „bedingungslos“ bedeutet „Gießkanne“ => gewollt!!!
- BGE nimmt dadurch Druck vom Wohnungs- und Arbeitsmarkt in Ballungsgebieten
- Anpassung der Lebensmodelle an persönliche Interessen statt an ökonomische Zwänge möglich



„Ein weiterer Aspekt, den Verfechter eines existenzsichernden BGE gerne vernachlässigen, ist bei den Berechnungen des Beiratsgutachtens noch gar nicht enthalten. Es ist aber von eminenter Bedeutung: **die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa. Ein existenzsicherndes Grundeinkommen dürfte ein Magnet für einkommensschwächere EU-Bürger darstellen. Umgekehrt: Viele Leistungsträger, die das BGE zu finanzieren haben, werden sich in andere EU-Länder verabschieden.**

Schließlich weist das Gutachten auch auf einen kleinen aber politisch relevanten Fallstrick hin. Beim BGE handelt es sich im juristischen Sinne wohl weder um eine Sozialversicherung noch um öffentliche Fürsorge, für die der Bund die verfassungsrechtliche Gesetzgebungskompetenz besitzt. **Um dem Bund die Gesetzgebungskompetenz auch für ein neuartiges BGE zu geben, bedarf es Zweidrittelmehrheiten in Bundestag und Bundesrat.“**



# KRITIK

## Auswirkungen auf EU / Zuzug EU-Bürger

- berechtigter Hinweis, aber lösbar
- Definition des Empfängerkreises möglich
- EBI als Ziel? (die Kritik unterstellt ein deutsches BGE)



# KRITIK

## Verfassungsänderung nötig

- Einführung mit 2/3-Mehrheit im BT und BR
- berechtigter Hinweis, aber politisch lösbar
- Volksabstimmungen als Vehikel denkbar

# Vielen Dank!



**FREIHEIT TRIFFT  
GERECHTIGKEIT**

[www.buendnis-grundeinkommen.de](http://www.buendnis-grundeinkommen.de)

[www.bge-community.de](http://www.bge-community.de)